

Seit vielen Jahren, besonders seit 2015, arbeiten die Bundesregierungen daran, die bestehende Ordnung zu beseitigen. Die Gewaltenteilung ist tatsächlich nicht mehr gegeben. Die Grundlagen eines Staatswesens sind nicht mehr oder nur noch rudimentär vorhanden: Ein Staatsgebiet in gesicherten Staatsgrenzen und eine Staatsgewalt zum Wohle des gesamten Staatsvolkes.

Nach zwei überwundenen Diktaturen im vergangenen Jahrhundert driftet das Land erneut in einen totalen Überwachungsstaat ab. Kritiker dieser Entwicklung werden wie einst Stauffenberg und die Geschwister Scholl, erneut zum Schweigen gebracht oder wie Wolf Biermann oder Thomas Mann ins Exil getrieben.

Wir stellen fest:

1. Die derzeitige Regierung und ihre Mitglieder verletzen ihren Amtseid, zum Wohle des deutschen Volkes zu dienen, sträflich.
2. Die Bundesregierung tut alles dafür, die einheimische Bevölkerung quantitativ und qualitativ zurückzudrängen und siedelt ersatzweise fremde, vorwiegend mohammedanische Migranten auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland an. Das erfüllt die Kriterien des Völkermordes der UN-Charta, die Handlungen verbietet, die mit der Absicht begangen werden, eine nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe im Ganzen oder teilweise zu vernichten. Dies geschieht unter Zuhilfenahme einer gewollten, falschen Interpretation des Asylrechts, das eigentlich nur politisch Verfolgte temporär schützen soll. Mit Hilfe eines de-facto Zwei-Klassen-Strafrechts, bevorteilt man mohammedanische Migranten gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Finanzielle Anreize, welche es den Einwanderern gestattet, auf Kosten der einheimischen Bevölkerung ein sorgenfreies Leben zu führen und den öffentlichen Raum für sich zu beanspruchen, dürfen den Bürgern nicht mehr zugemutet werden..
3. Seit vier Jahrzehnten treiben die diversen Bundesregierungen die Islamisierung der Gesellschaft voran. Dies wird durch eine staatlich betriebene Islamophilie, die jede noch so notwendige Kritik am politischen Islam als „Islamophobie“ bekämpft, vorangetrieben. Die

menschenrechtsfeindlichen Auswirkungen der Islamisierung werden negiert, die Vertreter des politischen Islams hofiert und mit einflussreichen öffentlichen Ämtern versorgt. Das alles, obwohl das Land mittel- und langfristig massiven Schaden nimmt.

4. Die Bundesregierung missachtet die Würde des Menschen und das Recht auf Selbstbestimmung, indem sie willkürliche Maßnahmen verhängt, die das Leben der Bevölkerung aufs Spiel setzt und die Zukunft der Kinder bedroht. Untaugliche Mittel wie Impfkampagnen, einrichtungsbezogene Impfpflicht und Maskenzwang, 2G und 3G-Regelungen, deren Langzeitfolgen unerforscht sind, lehnen wir ab.

5. Die Bundesregierung führt aus ideologischen Gründen mutwillig Engpässe bei der Energie- und Lebensmittelversorgung herbei, welche Familien und Alleinstehende verarmen lassen und in Existenznot bringen. Exorbitante Preissteigerungen, Inflation, Währungsverfall, Massenarbeitslosigkeit und drohende Aufstände bis hin zum Bürgerkrieg werden billigend in Kauf genommen. Unruhen in der Bevölkerung sollen nach Ansicht der Bundesregierung gegebenenfalls mit militärischen Maßnahmen bekämpft werden. Wir lehnen den Polizeistaat ab.

6. Anstatt eine umfassende Bildung für den Nachwuchs zu gewährleisten, wird in Schulen und Universitäten Regierungspropaganda und Ideologie vermittelt. Gendergaga, „wokeness“, „Klimarettung“ und kulturmarxistische Indoktrination ersetzen Mathematik, Biologie, Chemie und Physik. Abweichende Meinungen werden bestraft und unterdrückt. Hier sind Reformen angesagt.

7. Die Parlamente in Bund und Ländern sind weitgehend mit Berufspolitikern besetzt, deren Laufbahnen durch Parteikarrieren geprägt sind und nicht durch Fachwissen und Bürgernähe, Die staatstragenden Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht. Die einzige, tatsächliche parlamentarische Oppositionspartei wird dagegen verleumdet, ihrer parlamentarischen Rechte beraubt, ausgegrenzt und mithilfe der regierungsnahen Medien diffamiert. Das muss sich ändern.

8. Kritik an den vorherrschenden politischen Verhältnissen ist zwar offiziell noch nicht verboten. Politische Verfolgung findet subtil und existenzbedrohend statt. Es drohen Sanktionen vom Verlust des Arbeitsplatzes, der Wohnung, Bedrohung von Kunden und Gästen, Sachbeschädigungen und Mobbing von Familienangehörigen, die Sperrung und Kündigung von Bankkonten, bis hin zu Demonetarisierung kritischer Webseiten und Verbannung aus sozialen Netzwerken Das kann jeden treffen, der sich öffentlich „politisch inkorrekt“ äußert. Übergriffigkeiten seitens politisch gesteuerter Polizei- und Justizbehörden nebst Inhaftierungen missliebiger Bürger, die ihr Recht auf Meinungsfreiheit in Anspruch nehmen, nehmen zu. Das ist sehr gefährlich.

9. Der Inlandsgeheimdienst „Verfassungsschutz“ schützt seit einigen Jahren nicht mehr die Verfassung, unser Grundgesetz, sondern ist zum „Regierungsschutz“ verkommen. Anstatt tatsächliche Gefahren für den Rechtsstaats zu beobachten, wird die politische und die gesellschaftliche Opposition „beobachtet“. Totalitäre Tendenzen zeigen sich im neuen Beobachtungsnormen, wie der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“. Dem muss Einhalt geboten werden.

10. Nicht der Krieg in der Ukraine hat die Energiekrise ausgelöst, sondern eine überstürzte, undurchdachte Energiewende und eine verfehlte Politik haben dazu geführt, dass große Teile der Bevölkerung verarmen. Anstatt zu lernen, mit sich ständig veränderten Klimabedingungen verantwortungsvoll umzugehen und vorzusorgen, wird seitens der Regierungen und der supranationalen Organisationen mit dem „Klimawandel“ Panik verbreitet. Der vom Davoser WEF geplante „Great Reset“ darf nicht stattfinden und alle Bestrebungen diesbezüglich müssen fortan unterbunden werden.

11. Anstatt eines vernünftigen Rentensystems, wie z.B. In den Niederlanden realisiert, ist das deutsche Rentensystem marode. Sehr viele Rentner sind von Altersarmut betroffen. Die Renten müssen in Zukunft ein würdiges Leben im Alter ermöglichen.

12. Es ist eine Kernaufgabe der Politik, das Volk und die Familien zu schützen. Nur eine vernünftige Familienpolitik wird die Zukunft des Landes sichern. Zeitgeist-Getriebene und familienfeindliche Bestrebungen sind

schädlich. Geschlechtsumwandlungen bei Minderjährigen dürfen nicht erlaubt sein. Das Erziehungsrecht liegt bei den Eltern und nicht bei sexuellen Lobbygruppen. Quoten für Frauen. Migranten und andere Gruppenidentitäten wirken kontraproduktiv.

13. Das GG Art.5 bestimmt: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Das Gegenteil ist der Fall. Politisch unliebsame Fernsehsender werden verboten, kritische Artikel in sozialen Netzwerken gelöscht oder zensiert. Staatlich bezahlte „Faktenchecker“ führen sich als private Zensoren auf. Wissenschaftler werden an Vorträgen gehindert, Journalisten aus politischen Gründen aus dem Journalistenverband geworfen, Ein musikalischer Sommerhit wird von Oberbürgermeistern auf lokalen Volksfesten verboten. Demonstrationen werden verboten, Demo-Teilnehmer von der Polizei verprügelt. Die grundgesetzlich verbrieft Meinungsfreiheit braucht keine Zensur.

14. Es ist ein Kennzeichen totalitärer Staaten, dass Schlägertruppen und Terroristen in ihrem Auftrag auf Andersdenkende losgelassen werden. Mussten linksextreme Banden, wie die RAF, sich vor über fünfzig Jahren noch durch Banküberfälle finanzieren, so fördern heute Bund und Länder ihre Handlanger der sogenannten „Antifa“ mit dem Geld der Steuerzahler über diverse Förderprogramme, angeblich „für Demokratie“ und für den „Kampf gegen Rechts“.

15. Die Europäische Union ist kein Bundesstaat, sondern ein Staatenbund souveräner Staaten, die in gewissen Bereichen gemeinsame Interessen haben und diese dann gemeinsam vertreten. Eine Erneuerung der EU ist dringend notwendig. Das Europaparlament entspricht nicht demokratischen Regeln. Die EU-Kommission wurde nicht demokratisch gewählt.

Nur eine Rückbesinnung auf das Grundgesetz und die Wiederherstellung des Rechtsstaats wird im Anschluss auf den kommenden Zusammenbruch des Systems die Hoffnung auf eine bessere Zukunft gewährleisten. Eine Exil-Regierung soll der erste Schritt dahin sein. Alle politisch interessierte Bürger, die dieses Memorandum unterstützen, sind aufgerufen sich damit vertraut zu machen, künftig Verantwortung für Deutschland zu übernehmen.